



POSITIONSPAPIER
des Wilhelmshavener
SPD-Landtagskandidaten

**HOLGER
ANSMANN**

SPD

Holger Ansmann
Mit Weitblick, Herz und Verstand.
Für Wilhelmshaven.

Jugendpolitik

Jugend heute – Mitbestimmung und Selbstverwaltung

Jugendarbeit, Jugendhilfe und Maßnahmen der Jugendpolitik sind für uns ein Teil der Daseinsvorsorge und Zukunftspolitik. Wir wissen, dass Investitionen in diesen Bereich genauso wie Investitionen in Schule, Ausbildung und Studium junger Menschen nicht nur für ein selbstbestimmtes Leben der Betroffenen sorgen, sondern sie auch dafür qualifizieren, die gesellschaftlichen, politischen und technischen Probleme von morgen lösen zu können. Deshalb müssen Jugendliche nach unserer Auffassung verstärkt ihren Alltag (mit-) bestimmen dürfen. Mitbestimmung und Selbstverwaltung muss dort stattfinden, wo sich Jugendliche aufhalten. Sie berücksichtigt ihre altersgemäße Entwicklung und schafft Bedingungen, damit sie überzeugte Demokratinnen und Demokraten werden können. Mitbestimmung heißt für uns, das aktive Wahlalter für Landtagswahlen auf 16 Jahre zu senken. In den Kommunen werden Fragen der Freizeitgestaltung, der Mobilität, der Bildungslandschaft aber auch der öffentlichen Daseinsvorsorge entschieden. In der Vergangenheit haben viele Kommunen Möglichkeiten erprobt, Jugendliche über Jugendparlamente - wie etwa in Wilhelmshaven - zu beteiligen. Das ist ein guter Ansatz. Wir werden ausreichend Mittel für die Jugendarbeit bereitstellen mit dem Ziel, die Jugendbeteiligung zu erhöhen und mittelfristig evaluieren, ob und in welchen Formen dieses Mehr an Beteiligung in den Kommunen umgesetzt wird. Zudem werden wir Kommunen unterstützen, die Versuche unternehmen, Beteiligung über das Internet zu erproben (E-Jugendbeteiligung). Mitbestimmung für Jugendliche heißt für uns auch, die Selbstverwaltung in Schule und Hochschule auszubauen. Diese Orte sind Orte des demokratischen Miteinanders.

Freiräume schaffen – Verdichtung von Lebenswelten bekämpfen

Junge Menschen nehmen heutzutage den Leistungsdruck als besonders hoch wahr und dem wollen wir Rechnung tragen. Wir werden bestehende Lehrpläne (Kerncurriculae) so überarbeiten, dass neue Freiräume, z. B. für gesellschaftliches Engagement, entstehen. Eine Überfrachtung an Aufgaben sorgt für das Nacharbeiten an Wochenenden und Nachmittagen und nicht für einen größeren dauerhaften Lerneffekt. Das Schulleben und die Schulzeit müssen so organisiert sein dass ausreichend Zeit und Möglichkeiten bestehen, sich auch außerhalb von Schulen zu engagieren, beispielsweise in multikulturellen Jugendzentren wie dem Wilhelmshavener ‚Point‘. Ehrenamtliches Engagement ist in Schule, Ausbildung und Studium anzuerkennen.

Rückhalt schaffen

Kinder und Jugendliche aus finanziell benachteiligten Haushalten sind in besonderem Maße von Armut betroffen. Sie sind nicht nur unmittelbar in ihrer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben beeinträchtigt, ihre Herkunft schmälert auch massiv ihre Chancen auf eine bestmögliche Bildung. Darüber hinaus steckt ein Teil der Jugend nicht nur in der durch Schulbesuch, Ausbildung und Studium bedingten temporären Armut, sondern läuft aufgrund der Entwicklungen am Arbeitsmarkt Gefahr, dauerhaft arm zu bleiben. Schlecht bezahlte Praktika, Befristungen und Kettenverträge sind heute vielfach traurige Normalität in den Erwerbsbiographien junger Menschen. Armut bedeutet immer soziale Ausgrenzung. Wir wollen diese Armut und ihre Auswirkung bekämpfen indem wir ein Landesprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung von jungen Menschen auflegen. Zudem werden wir bei öffentlichen Aufträgen die Frage der Ausbildung im Betrieb und deren

Vergütung in den Fokus stellen. Außerdem werden wir zusammen mit den Verbänden der Jugendarbeit ein Programm entwickeln, das Hürden zum Engagement für junge Menschen aus einkommensschwachen Haushalten identifiziert und Möglichkeiten schafft, diese Hürden zu bekämpfen und wir werden die Studiengebühren abschaffen und Bildungschancen für alle öffnen. Zudem sind Maßnahmen zu prüfen, wie der Zutritt zu Angeboten der Freizeitgestaltung und zu Kultureinrichtungen für Jugendliche und junge Erwachsene gesichert werden kann.

Jugendpolitische Politikfelder weiterentwickeln

Eine gute Jugendpolitik ist aus einem Guss und denkt immer die spezifischen Auswirkungen für Jugend mit – egal um welche Entscheidungen es vordergründig gerade geht. Auf die Lebenswelten junger Menschen muss dabei besonders eingegangen werden. So sind Jugendliche heute Mediendauernutzer. Sie verwenden insbesondere elektronische Medien häufiger als ältere Menschen. Während unsere Gesellschaft Jahrhunderte Zeit hatte, eine kulturelle und soziale Kontrolle für den „Bücherwurm“ zu entwickeln, sind „Gamer“ und andere Intensivnutzerinnen und -nutzer von elektronischen Inhalten heute mit Lehrenden und Erziehenden konfrontiert, die diese Lebensphase anders gestaltet haben. Deshalb werden wir ein Konzept zur Vermittlung von Medien- und Informationskompetenz umsetzen, das alle Bausteine der Bildung und des lebenslangen Lernens aufnimmt und nachhaltig verankert und die Medienkompetenz zum festen Bestandteil von Bildung und Erziehung in Schulen, Kindertagesstätten sowie in der Weiterbildung machen. Nur eine systematische Bildung von Jung und Alt sorgt dafür, dass die Neuen Medien souverän genutzt werden können. Auch die politische Bildung ist für uns notwendig, um die Jugendlichen aktiv an gesellschaftlichen Diskussionen zu beteiligen. Es muss ein organisatorischer Rahmen für eine nachhaltige politische Bildung sowie eine bessere Koordination der gesellschaftlichen Aufklärungsarbeit und der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten geschaffen werden. Den jungen Menschen ist im Rahmen der politischen Bildungsarbeit die Möglichkeit zu geben, sich mit alternativen Lebenskonzepten auseinander zu setzen. So sind im Politikunterricht wieder verstärkt gesellschaftliche Fragestellungen anstatt der reinen Institutionenlehre zu integrieren. Wir werden gezielt Programme zur Bekämpfung rechtsradikaler Ideen erstellen.

Jugendliche und junge Erwachsene haben in ihrer Freizeitgestaltung unterschiedliche Schwerpunkte. Diese sind anders, als die anderer Altersgruppen. Sie haben eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, bei Alkoholfahrten zu verunglücken oder ein Suchtproblem zu entwickeln. Durch ihr begrenztes Einkommen und die spezifische Lebensphase sind Jugendliche nicht immer in der Lage, diese Probleme alleine zu lösen, weshalb auch ein Engagement des Staates sinnvoll ist. Im Sinne einer besseren Mobilität und Freizeitgestaltung für die Jugendlichen werden wir die Kommunen dabei unterstützen, dort Angebote im ÖPNV zu erhalten oder auszubauen, wo Jugendliche und junge Erwachsene ihre Freizeit – insbesondere am Abend – verbringen und ein Programm auflegen, das die Folgen von Drogenkonsum am Steuer, in Schulen und dort, wo Jugendliche und junge Erwachsene feiern, thematisiert und die soziale Kontrolle dagegen erhöht. Wir werden darüber hinaus Mittel bereitstellen, die eine Weiterqualifizierung zur Gewaltprävention pädagogischer Fachkräfte vor allem in Schulen, der Kinder- und Jugendhilfe, sowie weiterer relevanter Berufsgruppen ermöglicht und gewaltpräventive Maßnahmen an Orten mit regionaler oder überregionaler Bedeutung unterstützen.

Insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene nutzen die Freiwilligen Dienste des Bundes und die freiwilligen Jahre (FSJ, FÖJ, FPJ). Sie leisten dadurch einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft und profitieren durch ihre Erfahrungen. Diese Dienste dürfen keine regulären Arbeitsplätze verdrängen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden die Initiative ergreifen, um ein Gesamtkonzept von freiwilligen Jahren, Bundesfreiwilligendienst und Ehrenamt zu erarbeiten. Dabei werden wir eng mit den Anbietern der Stellen, den Freiwilligenagenturen, den Sport- und Kulturvereinen bzw. deren Dachverbänden zusammenarbeiten.